



Amtsblatt für die Region Hannover

JAHRGANG 2002

HANNOVER, 24. OKTOBER 2002

NR. 43

INHALT	SEITE
A) SATZUNGEN, VERORDNUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER REGION HANNOVER	
Bekanntgabe des Ergebnisses der Vorprüfung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	370
B) SATZUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE UND GEMEINDEN	
1. Stadt LEHRTE	
Bebauungsplan Nr. 08/21 „Baumarkt Gewerbestraße“ in Sievershausen Beschluss über den Bebauungsplan gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)	370
2. Stadt NEUSTADT AM RÜBENBERGE	
Bekanntmachung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2000	371
3. Stadt PATTENSEN	
Bauleitplanung der Stadt Pattensen Bebauungsplan Nr. 157 „Weidenkamp“	371
C) SONSTIGE BEKANNTMACHUNGEN	
Schaumburg-Lippisches Landeskirchenamt	
Friedhofsordnung und Friedhofsgebührenordnung der Ev.-luth. Kirchengemeinde Großenheidorn	372

Veränderter Erscheinungstermin
und Annahmeschluss im Dezember
– bitte letzte Seite beachten! –

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Durch den Bebauungsplan Nr. 08/21 „Baumarkt Gewerbestraße“ in Sievershausen werden die in seinem räumlichen Geltungsbereich liegenden Teilbereiche der rechtsverbindlichen Bebauungspläne Nr. 08/8 „Östlich der Gewerbestraße“ und Nr. 08/7 „Gewerbegebiet II“ aufgehoben und vollständig ersetzt.

Lehrte, den 9. 10. 2002

DIE BÜRGERMEISTERIN
In Vertretung
Spennes

2. Stadt NEUSTADT AM RÜBENBERGE

Bekanntmachung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. hat in öffentlicher Sitzung am 5. 9. 2002 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt gemäß § 40 Abs. 1 Ziffer 9 i. V. m. § 101 Abs. 1 NGO die Jahresrechnung der Stadt Neustadt a. Rbge. für das Haushaltsjahr 2000 entgegenzunehmen, und erteilt dem Stadtdirektor Entlastung.“

Die Jahresrechnung mit dem Rechenschaftsbericht sowie dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes erweitert um die Stellungnahme des Stadtdirektors liegt nach § 101 Abs. 2 NGO für 7 Tage, beginnend nach dem Tage nach dieser Veröffentlichung während der Dienststunden bei der Zentralen Steuerunterstützung/Finanzen der Stadt Neustadt a. Rbge., Nienburger Straße 31, 1. Stock, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

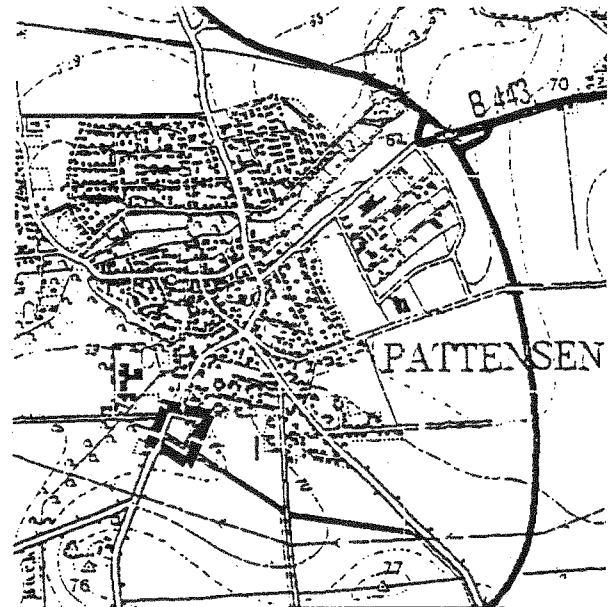
DER STADTDIREKTOR
Im Auftrage
Neuwald

3. Stadt PATTENSEN

Bauleitplanung der Stadt Pattensen Bebauungsplan Nr. 157 „Weidenkamp“

Der Rat der Stadt Pattensen hat in seiner Sitzung am 12. 9. 2002 den Bebauungsplan Nr. 157 „Weidenkamp“ mit örtlicher Bauvorschrift und mit Begründung als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. den §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) beschlossen.

Die Grenzen des Bebauungsplanes Nr. 157 „Weidenkamp“ sind in dem folgenden Kartenausschnitt mit einem fetten Vollstrich gekennzeichnet.



Mit dieser Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB wird der Bebauungsplan Nr. 157 „Weidenkamp“ mit Begründung als Satzung rechtsverbindlich.

Der vorgenannte Bebauungsplan einschließlich Begründung kann bei der Stadt Pattensen im Fachbereich 4, Abt. Verwaltung, Planung, Umwelt, Dienstgebäude Marienstr. 2, Zimmer 206, während der Sprechzeiten montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr und donnerstags von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr, von jedermann eingesehen werden. Jeder kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Nr. 157 „Weidenkamp“ Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung der in § 214, Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit Bekanntmachung im Amtsblatt gegenüber der Stadt Pattensen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Ablehnung begründen sollen, ist darzulegen (§ 215 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB).

Pattensen, den 8. 4. 2002

STADT PATTENSEN
Der Bürgermeister
Griebe